

Eines dürfte schon jetzt klar sein: P. Steinbrück taugt nicht zum Kanzler. Weder seine Attitüden um die nötige „Beinfreiheit“ – oder demokratische Narrenfreiheit (!) -, die er für sich fordert, noch seine politische Herkunft als ehemaliger Mitarchitekt der „Agenda 2010“ unter Schröder schaffen das nötige Vertrauen. Hinzu kommen noch Antworten auf journalistische Anfragen, die an „Pampigkeit“ kaum zu übertreffen sind, ganz zu schweigen zu seinem Eingeständnis, dass es dem „normalen Bürger“ wohl kaum verständlich gemacht werden können, weshalb er für Vorträge in der freien Wirtschaft, darunter auch Banken und andere Finanzdienstleister im Durchschnitt in der Kategorie 3 für Nebenverdienste liege, d.h. dass er mehr als 7000 Euro pro Vortrag kassiert habe. Diese Selbst-Einsicht stimmt wie die Faust aufs Auge! Doch sie kann nicht damit begründet werden, dass es offensichtlich einen „Bedarf“ dafür gebe, nach dem neoliberalen Motto das „Angebot regelt die Nachfrage“ für den Ex-Finanzminister, denn die unbeantwortete Frage dahinter lautet ja, weshalb es diesen Beratungsbedarf überhaupt gibt und warum er so hoch honoriert wird? Die naheliegendste Antwort, die im Raume steht, heißt schlicht Lobbyismus. Und genau dieser Vorwurf ist nicht von der Hand zu weisen und ist von ihm auch nicht widerlegt worden! – Wie auch? Sein jüngstes bankenkritisches Pamphlet zur Regulierung der Finanzwirtschaft ist eigentlich nur ein linker Abklatsch dessen, was die Linke wohlbegründeter schon seit Jahren fordert, was aber u.a. auch von der SPD bisher verhindert wurde. Auf Steinbrück kann verzichtet werden!